

Wege in die postindustrielle Zivilgesellschaft in Osteuropa am Beispiel der Tschechoslowakei (20. DS und 38. DS)

Inhaltsbezogene Kompetenzen:

- (5) **den Umgang mit Protest in** West- und **Osteuropa** vergleichen und **bewerten** (Aufstand des 17. Juni, Ungarnaufstand, „Republikflucht“, Mauerbau, Wiederbewaffnung, 68er-Bewegung, **Prager Frühling**, Wertewandel)
- (8) **Aufbruchsversuche in** West und **Ost zu mehr Bürgerbeteiligung erläutern** (Emanzipation: „Mehr Demokratie wagen“, Neue Soziale Bewegungen, **Pluralisierung**, **Charta 77**, **Dissidentenbewegung**)
- 11) den **Zusammenbruch des Ostblocks analysieren** (Strukturwandel, Innovationsdefizit, Staatsverschuldung, Rüstungswettlauf, Versorgungskrise, Umweltverschmutzung, **Legitimitätskrise**, **Entspannungspolitik**, Perestroika, Glasnost, **Sinatra-Doktrin**, Solidarnosc, **Bürgerbewegung**, Ausreisebewegung, „Friedliche Revolution“, **„Samtene Revolution“**)

Schwerpunkte des Kompetenzerwerbs: Sachkompetenz / Reflexionskompetenz / Orientierungskompetenz

1. Sachanalyse:¹

Die nach dem Zweiten Weltkrieg erreichte kommunistische Vorherrschaft in den ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten wurde von der Sowjetunion mit allen Mitteln gesichert. Dennoch kam es in regelmäßigen Abständen immer wieder zu Reformbestrebungen. Eine erste Zäsur in der Politik der Sowjetisierung stellte der Tod Stalins am 5. März 1953 dar. Die unter seinem Nachfolger Chruschtschow beginnende neue Ära, die nach einem gleichnamigen Roman des russischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg mit "Tauwetter" bezeichnet wurde, hatte eine „Entstalinisierung“ als Ziel. Bereits am 27. März 1953 wurden Amnestien erlassen, die das Lagersystem abschafften, und ca. 1,2 Millionen Gefangene aus den Lagern entlassen. Die Reformen entfalteten allerdings unerwartete Folgewirkungen und führten zu Reformbewegungen in den Ostblockstaaten.

Besonders in der Tschechoslowakei hofften die Menschen auf die Chance einer Demokratisierung innerhalb der poststalinistischen Strukturen, wo seit 1957 unter Partei- und Staatschef Antonín Novotny vorsichtige Wirtschaftsreformen und Liberalisierungstendenzen durchgeführt wurden. Zudem waren die CSSR und insbesondere Prag in den 1960ern ein beliebtes Reiseziel der DDR-Bevölkerung sowie vieler Westberliner und Westdeutscher, was zu vielen zwischenmenschlichen Kontakten und einem regen Gedankenaustausch führte. Als sich 1967 erste Proteste durch Schriftsteller, Künstler und Intellektuelle um Václav Havel und Pavel Kohout gegen die zu zaghafte Reformen formierten, musste Novotny auf Druck der Sowjetführung Anfang Januar 1968 zurücktreten. Sein Nachfolger Alexander Dubček begann zügig mit einer spürbaren Liberalisierung der Gesellschaft, damit der Sozialismus ein "menschliches Antlitz" bekomme. Dieser Reformprozess erhielt bald von westlichen Medien auch den Namen „**Prager Frühling**“ und knüpft an den Begriff „Tauwetter-Periode“ für die Entspannungspolitik des Ostens an. Am 5. April 1968 erließ die kommunistische Partei ein "Aktionsprogramm", das binnen zwei Jahren von der Regierung umgesetzt werden sollte und indem sie weitgehend auf ihr Machtmonopol verzichten wollte. Eine teilweise Privatisierung der Wirtschaft wurde beschlossen und Betriebsräten Entscheidungskompetenzen zugestanden. Auch liberale Grundrechte wie Rede-, Reise- und Versammlungsfreiheit sowie die Freiheit von Wissenschaft, Kunst, Kultur, Medien bis zur Gründung von Vereinigungen wurden gewährt. Die Sowjetunion und vor allem die DDR, aber auch Polen, Ungarn und Bulgarien reagierten mit Militärmanövern und der sprachlichen Erklärung: "Wir werden die Tschechoslowakei nicht aufgeben!" Andere kommunistische Staaten wie Jugoslawien und Rumänien begrüßten die Reformen, ebenso die kommunistischen Parteien Westeuropas und nicht zuletzt auch China, dass sich dadurch ebenfalls mehr Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion versprach. Diese zunächst

¹ Siehe auch Dossier „Der Prager Frühling“, in: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/68er-bewegung/52007/prager-fruehling> (letzter Aufruf 01.02.2021). Ebenso Weiss, Stephanie: Zivilgesellschaft in Tschechien, in: <https://www.bpb.de/apuz/215175/zivilgesellschaft-in-tschechien#fr-footnode6> (letzter Aufruf 01.02.2021).

von der Parteispitze verordneten Reform fanden rasch in der Bevölkerung Zustimmung, besonders bei Jugendlichen und Intellektuellen. Am 27. Juni 1968 veröffentlichten 68 Intellektuellen, Schriftstellern und Künstlern das „Manifest der 2000 Worte“ (Dva tisíce slov), das eine Abrechnung mit den letzten 20 Jahren der kommunistischen Herrschaft. Die weitere Demokratisierung, so das Manifest, könne nur außerhalb der KPC gesichert werden. Damit wurde der Sozialismus als Gesellschaftsform generell in Frage gestellt. Für die sowjetische Regierung, aber auch für die Führung anderer Ostblockstaaten, insbesondere der DDR, war das Manifest ein Aufruf zur Konterrevolution, wie es Walter Ulbricht explizit formulierte. Wenngleich sich die kommunistische Partei der Tschechoslowakei auch vom Manifest distanzierte, widersetzte sich Dubček der Forderung nach einem sofortigen Eingreifen gegen die konterrevolutionären Kräfte. Nachdem Dubček einen als Art Ultimatum gedachten gemeinsamen Aufruf der Vertreter der Sowjetunion, Bulgariens, Ungarns, Polens und der DDR („Warschauer Brief“) zur Kurskorrektur vom 15. Juli 1968 ignorierte, rückten am 21. August 1968 insgesamt 400.000 Soldaten der Truppen des „Warschauer Paktes“ - ausgenommen Rumäniens - in Prag und der Tschechoslowakei ein und beendeten trotz ziviler Gegenwehr von Demonstranten gewaltsam die reformkommunistische Bewegung des Prager Frühlings. Die kommunistische Führung der Sowjetunion machte so unmissverständlich deutlich, dass sie in ihren osteuropäischen Satellitenstaaten kein Abweichen von ihrem ideologischen und diktatorischen Kurs duldeten. Dubček und andere führende Parteimitglieder wurden nach Moskau entführt, wo Dubček gezwungen wurde, die Aufhebung der Reformprojekte zu erlassen sowie die Stationierung sowjetischer Truppen in der Tschechoslowakei. Am 12. November 1968 verkündete der sowjetische Staatschef Leonid Breschnew in der sog. „Breschnew-Doktrin“, dass sich die Sowjetunion generell das Recht vorbehalte, Oppositionsbewegungen in sozialistischen Ländern notfalls mit Gewalt niederzuschlagen.

Zwar war die Demokratiebewegung zunächst damit noch nicht vollkommen beendet, aber hatte ihre staatliche Unterstützung verloren. Im Januar 1969 verbrannte sich in Prag der Student Jan Pallach selbst, weil er als „lebendige Fackel“ gegen das Erlöschen der Demokratiebewegung ein Zeichen setzen wollte. Und am Jahrestag der Niederschlagung des Prager Frühlings demonstrierten am 20. und 21. August 1969 erneut in Prag ca. 150.000 Menschen gegen die Besetzung des Landes und für eine Fortsetzung der Reformbewegung, worauf die kommunistischen Machthaber äußerst brutal vorging, um eine erneute Mobilmachung der Sowjetarmee und der damit der drohenden Gefahr eines blutigen Massakers zuvorzukommen. Und auch in der DDR kam es angesichts der Niederschlagung des Prager Frühlings zu zahlreichen Protestaktionen, auf die die Staatsführung mit massenhaften Verhaftungen reagierte. Im gesamten Ostblock aber erloschen für viele Jahre die Hoffnungen auf Liberalisierung und Demokratisierung nach dieser erneuten bitteren Enttäuschung nach 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn und Polen.

Durch die KSZE-Schlussakte von Helsinki, in der sich auch die Staaten des Warschauer Paktes zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten verpflichtet hatten, hatte sich jedoch für die zivilgesellschaftlichen Bürgerbewegungen in Osteuropa (**Dissidentenbewegung**) etwas grundsätzlich etwas, konnten sie sich doch von nun an auf diese von ihren eigenen Regierungen unterzeichnete Vereinbarung berufen. So wurde am 1. Januar 1977 die „**Charta 77**“ mit 242 Unterschriften veröffentlicht und am 7. Januar 1977 in führenden europäischen Zeitungen abgedruckt. Die aus vielen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen stammenden Verfasser - unter ihnen der Literat und spätere tschechische Staatspräsident Václav Havel -, die sich ausdrücklich als Bürgerinitiative und nicht als oppositionelle politische Gruppe verstand, forderten die Einhaltung der von der tschechoslowakischen Regierung im August 1975 unterzeichneten und verabschiedeten internationalen Verträge über Menschen- und Grundrechte, essenzielle Bestandteile der Schlussakte von Helsinki. Am 17. Januar gründete sich in Paris ein internationaler Ausschuss zur Unterstützung der Charta 77, dem unter anderen Heinrich Böll, Friedrich Dürrenmatt, Arthur Miller und Graham Greene angehören. Das Zentralkomitee der CSSR organisiert dagegen eine "Anti-Charta". Manche Künstler*innen wurden zur Unterschrift gezwungen, andere unterschrieben freiwillig, vielleicht sogar aus Überzeugung. Die Chartisten wurden als "verkrachte Existenzen der tschechoslowakischen reaktionären Bourgeoisie", die im Auftrag antikommunistischer Mächte des Auslands handelten, diffamiert, verhaftet und teilweise ausgebürgert. Einer der drei Sprecher, Jan Patočka, der mit dem westlichen Ausland Kontakt aufgenommen hatte, erlitt aufgrund einer diffamierenden öffentlichen Kampagne gegen ihn zahllosen Verhören einen Schlaganfall, an dessen Folgen er im März 1977 verstarb. Die Bewegung ließ sich aber nicht mehr unterdrücken. Bereits im Sommer 1977 war die Zahl der Unterzeichner auf 600 angewachsen. Jedes Jahr wurden drei Unterzeichner der Charta

zu Sprechern gewählt, die die Charta nach außen repräsentierten. Ihre Führer wurden von Millionen Tschechen als legitime Repräsentanten der Nation angesehen. Zwischen 1977-1989 veröffentlichte sie 572 Publikationen zur Menschenrechtssituation im Lande, aber auch zu Themen wie den Frieden und den Umweltschutz. Bis 1989 bekannten sich fast 2000 Menschen öffentlich zur „Charta 77“.

Anlässlich des 20. Jahrestags der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ kam es am 21. August 1988 in Prag zur ersten antistaatlichen Massendemonstration seit 1969. In den darauffolgenden Monaten folgten weitere Demonstrationen sowohl in Bratislava als auch in Prag, gegen die die Polizei mit Brutalität und Härte vorging und zahlreiche Oppositionelle verhaftete, darunter auch den Schriftsteller Václav Havel, einen der Initiatoren der regimekritischen Bürgerrechtsbewegung "Charta 77". Die Reformen in den anderen Ostblocksstaaten, allen voran Polen und Ungarn, schienen zunächst an der CSSR vorbei zu gehen. Erst am 16. November 1989 kam es erneut in Bratislava zu massiven Protesten für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie. Als es bei einer weiteren Demonstration am 17. November in Prag anlässlich einer Gedenkveranstaltung für den 1939 ermordeten tschechischen Widerstandskämpfer Jan Opletal zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, wurden über 600 Menschen verletzt. Der Gewaltexzess führte zu einer Solidarisierungsbewegung innerhalb der Bevölkerung, weswegen der 17. November heute als Auftakt des folgenden gewaltfreien und daher als "**Samtene Revolution**" bezeichneten Umbruchs in der Tschechoslowakei gilt. Die Forderung nach einem Generalstreik am 27. November und die Gründung der Demokratiebewegung "Bürgerforum" - in Anlehnung an das kurz zuvor in der DDR gegründete "Neue Forum" - führten dazu, dass erstmals das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der CSSR Dialogbereitschaft signalisierte und sein Generalsekretär Milouš Jakeš zurücktreten musste. Dennoch kam es am 27. November 1989 zu einem Generalstreik: für zwei Stunden legten Schätzungen nach etwa 80% der Bevölkerung in der gesamten Tschechoslowakei die Arbeit nieder unter dem Motto "Schluss mit der Einparteienherrschaft" nieder und forderten demokratische Neuwahlen. Zum Symbol des Protestes wurde das Rasseln mit Schlüsselbündeln, das symbolisch das Ende der kommunistischen Herrschaft einläuten sollte. Am 28. November gab die Staatsführung bekannt, dass die Opposition unter Leitung Václav Havels künftig an der Regierung beteiligt werde. Auch die Grenzbefestigungen zu Österreich und zur Bundesrepublik wurden im Dezember sukzessive abgebaut. Am 29. Dezember 1989 wurde Václav Havel zum Staatspräsidenten gewählt und der politische Umbruch war auch in der Tschechoslowakei erfolgreich beendet.

2. Stundenverlauf:

Die beiden Doppelstunden versuchen, Inhalte und Begriffe aus drei verschiedenen Standards zu kombinieren und dadurch eine Stoffreduktion zu ermöglichen. In den Standard 3.4.8 („Aufbruchsversuche in Osteuropa“) werden zudem einige Aspekte und Begriffe der Standards 3.4.5 („Umgang mit Protest in Osteuropa“) sowie 3.4.11 (Zusammenbruch des Ostblocks“) integriert und so der historische Kontext der Ereignisse aufgezeigt. Das Ziel der beiden Doppelstunde ist eine Analyse und Bewertung der zentralen Protestbewegungen in der Tschechoslowakei nach 1945, die schließlich zum Ende der kommunistischen Herrschaft führten. Diese können dabei zum Teil als zivilgesellschaftliche Proteste „von unten“ gewertet werden; eine solche Einordnung gilt allerdings für den Prager Frühling nur bedingt, der durch die Regierung mit initiiert und zusammen mit der Zivilgesellschaft getragen wurde und daher auch als Aufbruch „von oben“ zu werten ist.

Zum Einstieg in die **1. DS** erfolgt eine Bildbetrachtung des als mittelweile ikonisch (nicht aber für SuS) zu bezeichnenden Fotos des tschechischen Fotografen Ladislav Bielik (M1a)², auf dem sich ein einzelner Mann mit entblößter Brust einem Panzer entgegenstellt und zudem sich die Lerngruppe assoziativ äußern soll. Der Kampf des guten Schwachen gegen den bösen Starken (David gegen Goliath), des Menschen gegen die Maschine, der Ohnmacht gegen die Macht oder der Freiheit gegen die Unterdrückung dürften geäußert werden. Das Foto wird durch die Lehrkraft kurz kontextualisiert und das Stundenthema erläutert.³

Ein kurzer – Folien unterstützter- Lehrer*innenvortrag⁴, der den historischen Kontext von der Entstalinisierung bis zur Übernahme der Regierung durch Alexander Dubček thematisiert⁵, leitet über zur Erarbeitung des Anliegens und Verlaufs des Prager Frühling durch zentrale Quellen – einmal aus Perspektive der Regierung (M2a) als „Aufbruch von oben“, einmal aus Perspektive der Bürgerbewegung (M2b) als „Aufbruch von unten“, die erschlossen werden sollen anhand der Frage, inwieweit die jeweiligen Forderungen eine Herausforderung für das gesamte kommunistische System darstellten. Die S-Ergebnisse werden durch einen Tafelanschrieb gesichert⁶ und die dabei zutage tretende Vorstellung eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, die dem Prager Frühling zugrunde lag, wird anschließend kritisch hinterfragt. Eine Hypothesenbildung, wie die Entwicklung weiter verlaufen könnte, leitet über zu den harschen Reaktionen seitens der Sowjetunion bzw. anderer Staaten des Warschauer Paktes und ihren Begründungen (M2c-d), die herausgearbeitet und auf ihre Triftigkeit hin überprüft werden sollen.

Zu Beginn des zweiten Teils der DS werden 14 weitere Photographien (M3a) ausgelegt, die anlässlich des Einmarsches der Truppen des Warschauer Paktes Ende August 1968 entstanden sind und die Atmosphäre dieser Augusttage dokumentieren sollen. Zum einen zeigen die Photographien die pazifistische Haltung der Bevölkerung, die zunächst versuchte, mit den Soldaten zu diskutieren, dann begann, diese schlicht zu ignorieren, was die einmarschierten Soldaten überraschte und verunsicherte, da sie nicht - wie ihnen von der kommunistischen Propaganda eingetrichtert - auf „gewalttätige Konterrevolutionäre“ trafen. Letztlich aber endete der Einmarsch in blutigen Straßenschlachten, die mehr als 100 Tote und 500 Verletzte forderten. In einem „Gallery walk“ suchen sich die SuS eine Photographie aus, die sie besonders anspricht, aus und analysieren diese. Im Plenum werden die Photographien kurz vorgestellt und dann gemeinsam an der Tafel nach Kriterien geordnet wie z.B. „Einmarsch der Soldaten“, „Diskussion / Deeskalationsversuche / Verunsicherung der Soldaten“, „Ausbruch der Gewalt / Eskalation“.

² In einer separaten Methodenstunde zum Thema „Historische Photographien“ bietet sich eine genaue Analyse des Fotos sowie der später zum Einsatz kommenden Fotos an.

³ s. PPT „451_unterrichtsbeispiel_aufbruchsversuche“, Folie 9.

⁴ Die Lehrer*innenvorträge dienen zur Herstellung des historischen Kontextes und können entweder durch Schulbuchtexte oder durch eigene Zusammenfassungen (oder z. B. auch durch Lektüre des AB „Aufbruchsbewegungen im Osten – das Beispiel der Tschechoslowakei“) auch ersetzt werden.

⁵ s. PPT „451_unterrichtsbeispiel_aufbruchsversuche“, Folien 10-12.

⁶ s. PPT „451_unterrichtsbeispiel_aufbruchsversuche“, Folien 13.

Einer kurzen Zusammenfassung der Ereignisse vom August 1968 folgt die Sicherung der Ereignisse in einem kurzen Tafelanschrieb⁷. Ein abschließender Vergleich mit den Protestbewegungen in Osteuropa 1953 (DDR) und 1956 (Ungarn) verdeutlicht, dass es sich anders als 1953 in der DDR, aber ähnlich wie 1956 in Ungarn, 1968 in Prag um ein gemeinsam von den regierenden und der Zivilbevölkerung vorgebrachten Protest handelt („von unten“ und „von oben“). Entsprechend werden die Ereignisse in die Synopse „Aufbruchsversuche in West und Ost“ eingeordnet⁸. Allen drei Protesten aber gemeinsam ist das brutale Eingreifen des sowjetischen Militärs (zusammen mit Truppen des Warschauer Paktes) zur gewaltsamen Niederschlagung. Durch ein Impuls-Zitat eines tschechischen Historikers (M3b) wird die Einordnung des Protestes als „zivilgesellschaftliche Aktivität“ (der Begriff dürfte durch vorherige Stunden bereits eingeführt sein) diskutiert und überprüft, ohne dass sie hier bereits abschließend erfolgen kann.

Bei genügend Zeit kann auf die besondere Rolle der DDR und Walter Ulbrichts bei der Niederschlagung des Prager Frühlings eingegangen werden.⁹

Zum Einstieg in die **2. DS**, die auch separat zu einem späteren Zeitpunkt unterrichtet werden kann¹⁰, wird der Trailer des tschechischen Spielfilms „Jan Palach“ von 2018 gezeigt¹¹. In einem kurzen Vortrag¹², der den Zeitraum von 1968 bis 1977 zusammenfasst, wird der historische Kontext bis 1975 hergestellt. Die anschließende Quellenanalyse nimmt zunächst Bezug zum Anliegen des „Helsinki-Prozesses“ und den zentralen Vereinbarungen der KSZE-Schlussakte (M4a)¹³, die erarbeitet werden sollen¹⁴ als Voraussetzung für die Entstehung einer sich erneut in die Öffentlichkeit wagenden Dissidentenbewegung und der Veröffentlichung der „Charta 77“. Anschließend erfolgt die Herausarbeitung der zentralen Anliegen der „Charta 77“ (M4b) sowie im Unterrichtsgespräch mögliche staatliche Reaktionen¹⁵, die am Schicksal eines der Sprecher der Charta 77, Jan Patočka (M4c) dann konkretisiert werden. Dabei sollte verdeutlicht werden, dass die Vereinbarungen der KSZE-Schlussakte für die KP der CSSR keine Rolle spielte und Reformdiskussion bzw. gar ein „zweiter Prager Frühling“ um jeden Preis unterbunden werden sollte.

In einem abschließenden Vortrag¹⁶ wird der Übergang bzw. Kontext zur samtene Revolution von 1989 hergestellt, in dem deutlich gemacht wird, dass die trotz Unterdrückung sich 1977 erneut formierende Dissidentenbewegung um den Schriftsteller Václav Havel die Basis der sich dann im Kontext des Zusammenbruchs des Ostblocks bereits erstmals 1988, massiv aber im Vergleich zu den übrigen Ostblockstaaten erst relativ spät im November 1989, konstituierenden Bürgerbewegung darstellt, der die „samtene Revolution“¹⁷ in der Tschechoslowakei gelang.

In einer abschließenden Diskussion soll der Protest der „Charta 77“ in dem Strukturschema „Aufbruchsversuche in Ost und West“ als „Protest von unten“ eingeordnet werden¹⁸ sowie die Rolle und Bedeutung der Zivilgesellschaft am Umbruch (M5a-c) beurteilt werden, die 1989 im Gegensatz zu 1968

⁷ s. PPT „451_unterrichtsbeispiel_aufbruchsversuche“, Folie 19-22.

⁸ s. PPT „451_unterrichtsbeispiel_aufbruchsversuche“, Folie 23.

⁹ s. PPT „451_unterrichtsbeispiel_aufbruchsversuche“, Folie 25 (Ulbricht – ein neuer Hitler?).

¹⁰ Siehe Sequenzplanung zum SPTHII. In diesem Fall bietet sich als Wiederholung zum Einstieg erneut das Zitat des tschechischen Historikers Jan Křen (M3b) an, das den Kontext zum Prager Frühling herstellt.

¹¹ Der Trailer ist zwar in tschechischer Sprache, ist aber aufgrund des Kontextes auch ohne Sprachkenntnisse verständlich.

¹² s. PPT „451_unterrichtsbeispiel_aufbruchsversuche“, Folien 28-30.

¹³ Auch wenn der Begriff „Helsinki-Prozess“ (3.4.7.) nicht zu den Standards der Schwerpunktthemen im Abitur ab 2023 gehört, ist er für das Verständnis der Charta 77 unerlässlich, kann aber als Begriff nicht im Abitur erwartet werden.

¹⁴ Die Karikatur „Helsinki und die Folgen“ (s. PPT „451_unterrichtsbeispiel_aufbruchsversuche“, Folie 32) kann hierbei miteinbezogen werden.

¹⁵ Möglicher Einbezug der PPT „451_unterrichtsbeispiel_aufbruchsversuche“, Folie 34-38.

¹⁶ s. PPT „451_unterrichtsbeispiel_aufbruchsversuche“, Folie 39-43.

¹⁷ Der Begriff bezeichnet den weitgehend gewaltfreien Wechsel in der Tschechoslowakei vom Kommunismus zur Demokratie im November/ Dezember 1989.

¹⁸ s. PPT „451_unterrichtsbeispiel_aufbruchsversuche“, Folie 44.

ohne Regierungsunterstützung den Umbruch anstrebte und auch erfolgreich durchsetzen konnte¹⁹. Hierbei sind Gegenwartsbezüge zu zivilgesellschaftlichen Protesten heute möglich.

Eine knappe Darstellung der wesentlichen Ereignisse (AB „Aufbruchsbewegungen im Osten – das Beispiel der Tschechoslowakei“) und /oder verschiedene Videosequenzen zum Thema (Anhang) können für die Ergebnissicherung in häuslicher Nacharbeit verwendet werden.

¹⁹ Hier ist ein Bezug zu Gorbatschow bzw. „Sinatra-Doktrin“ möglich, zumal wenn die Stunde erst im Anschluss an den Umbruch in der Sowjetunion unterrichtet wird.

Möglicher Stundenverlauf (2 DS)			
1. Doppelstunde			
Phase	Inhalte	Sozialform	Medien
Einstieg	Foto „Mann gegen Panzer“: Assoziationen sammeln, Hypothesen zur Entstehung bilden	UG	Foto M1a
Erarbeitung I	Historische Kontextualisierung: Von der Entstalinisierung zu Dubceks Amtsantritt (LV oder Lektüre entsprechender Texte) Quellenarbeit: Die Forderungen des „Prager Frühling“ (M2a-b) Ergebnissicherung der Forderungen (Tafelanschrieb) Diskussion: „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ – ist das möglich? Hypothesenbildung: Wie wird die Sowjetunion (und ihre Verbündeten) reagiert haben? Quellenarbeit: Die Reaktionen des „Warschauer Paktes“ (M2c-d)	LV/Lektüre PA UG EA LV	PPT/Folien M2a-b M2c-d
Erarbeitung II	Herausarbeiten der Diskrepanz zwischen zivilem Ungehorsam großer Teile der Bevölkerung und der militärischen Gewalt der Staatsmacht anhand von Zeitzeugenfotos vom Einmarsch in Prag (Atmosphäre im August 1968 zwischen Hoffen und Resignation) Sicherung der Ereignisse (Tafelanschrieb)	Gallery Walk, GA	Fotos M3
Auswertung I	Überprüfung, inwiefern der „Prager Frühling“ eine Herausforderung für das kommunistische System darstellte Vergleich mit anderen Protestbewegungen in Osteuropa (1953, 1956) Einordnung des Protests als „zivilgesellschaftlicher Aufbruch“	UG	
2. Doppelstunde (kann auch erst später in der Jahresplanung eingebaut werden)			
Einstieg	Trailer zum Film „Jan Palach“ LV: Historische Kontextualisierung 1969-1977		Video PPT
Erarbeitung I	Quellenarbeit: KSZE-Schlussakte (M4a) Ergebnissicherung (Tafelanschrieb) Quellenarbeit: „Charta 77“ (M4b) Ergebnissicherung (Tafelanschrieb) Lektüre zur staatlichen Reaktion: Der Fall Jan Patočka (M4c) Diskussion über die Härte des staatlichen Vorgehens	PA	PPT/Folien M4a-b M4c
Erarbeitung II	LV: Historische Kontextualisierung „Samtene Revolution“ Quellenarbeit: Die „samtene Revolution“ (M5a-c)	UG	M5a-c
Transfer	Abschlussdiskussion: Welchen Anteil hatte die Zivilgesellschaft an der „Samtenen Revolution“? [möglicher Bezug zu Gorbatschow bzw. „Sinatra-Doktrin“] Welche Rollen spielen Zivilgesellschaften heute? Die Zivilgesellschaft in der Krise?	UG	Zitat Vaclav Havel M5d PPT/ Bilder von aktuellen Protestaktionen
Puffer/ Hausaufgabe	Lektüre des AB „Aufbruchsbewegungen im Osten – das Beispiel der Tschechoslowakei“ und/ oder Videos zum Prager Frühling (siehe Anhang)		AB / Videos

M1a: Foto „Mann vor Panzer“

Ladislav Bielik, Šafárik-Park, Bratislava, 21.8.1968

(hier aus: Gerhard Paul (Hrsg.): Das Jahrhundert der Bilder, Band II: 1949 bis heute, Göttingen 2008, S. 379)

M2a: Schwerpunkte des Aktionsprogramms vom 5. April 1968

Ausgehend von einer deutlichen Kritik des Stalinismus entwickelte die Führung der KSČ in ihrem „Aktionsprogramm“ einen umfassenden Reformansatz. Oft zitiert wird dabei die Losung vom "Sozialismus mit menschlichem Antlitz", die an eine Textstelle des Aktionsprogramms angelehnt ist. Das Aktionsprogramm sollte in zwei Jahren umgesetzt werden.

Den Autoren des Aktionsprogramms schwebte dabei ein System vor, das zugleich pluralistisch und sozialistisch sein sollte und in dem „die unterschiedlichen Interessen sozialer Gruppen und einzelner sowie ihre Vereinigung zur Geltung“ gebracht werden sollten. Einerseits müssten Menschen immer verschiedene Konzepte, Vorschläge und Alternativen zur Entscheidung vorgelegt werden. Der Widerstreit der Meinungen sei Ausdruck des Strebens nach der besten Lösung. "Die Partei jedoch kann nicht von dem Grundsatz abweichen, dass sie nach Annahme eines Beschlusses von jedem Kommunisten dessen Durchführung und Erfüllung verlangen wird." Andererseits gebe es auch keinen Zweifel daran, dass die zu gestaltende Gesellschaft weiterhin sozialistisch zu sein habe.

Zwar komme der kommunistischen Partei von Natur aus eine Vorreiterrolle im Kampf für den Sozialismus zu. Doch hänge ihre Macht von der Zustimmung des Volkes ab. Im Programm steht: "Die kommunistische Partei stützt sich auf die freiwillige Unterstützung durch die Menschen. Sie verwirklicht ihre führende Rolle nicht dadurch, dass sie die Gesellschaft beherrscht, sondern dadurch, dass sie der freien, fortschrittlichen und sozialistischen Entwicklung am treuesten dient." Oppositionsparteien will die KSČ jedoch nicht zulassen.

Eine der spektakulärsten Vorhaben der tschechoslowakischen Reformen war Verankerung einer weitgehenden Pressefreiheit. "In der Presse muss es möglich sein, andere Ansichten als die offiziellen des Staates, der Parteiorgane und der Publizistik zu vertreten", schrieben die Autoren des Aktionsprogramms. Die "unbegründete Geheimhaltung von Informationen" müsse beendet werden. Allerdings macht das Papier eine entscheidende Einschränkung bei Inhalten, die sich "gegen die Gesellschaft" richteten. Das Aktionsprogramm wollte zudem die Geltung gewisser Bürgerrechte garantieren, etwa Meinungsfreiheit, Minderheitenschutz und Rehabilitierung von Opfern politisch motivierter Justizurteile.

Viele Staaten der kommunistischen Welt erlaubten ihren Bürgerinnen und Bürgern nicht, frei zu reisen. Die Befürchtung dabei war, dass arbeitsfähige Menschen im Ausland bleiben und so die Wirtschaftskraft schwächen könnten. Solche Überlegungen waren beispielsweise wichtige Gründe für die Abriegelung der innerdeutschen Grenze im Jahr 1961 durch die DDR-Regierung. In der Tschechoslowakei sollte nach dem Aktionsprogramm der KSČ Reisefreiheit gelten. So ist im Programm zu lesen: "Die gesetzmäßige Freizügigkeit der Bürger muss garantiert werden, besonders Reisen ins Ausland, wobei vor allem gelten soll, dass der Bürger Rechtsanspruch auf langfristigen oder dauernden Aufenthalt im Ausland hat und dass niemand grundlos als Emigrant betrachtet wird."

In der Tschechoslowakei sollte eine Form von Gewaltenteilung zwischen Regierung und Parlament etabliert werden. Es dürfe zu "keiner allzu großen Konzentration der Macht innerhalb eines Gliedes, eines Apparates oder bei einer Einzelperson" kommen. Ferner müsse sichergestellt werden, dass sich die Regierung für ihre Politik vor der Nationalversammlung verantworten müsse.

Wichtig war den Reformern in der Tschechoslowakei die politische Gleichstellung beider Landesteile. Bis dato sei das Verhältnis zwischen Tschechen und Slowaken durch "Asymmetrie" und einer tschechischen Dominanz geprägt gewesen. Dem wollte die Partei eine "endgültige föderative Regelung" entgegensetzen.

Ein wichtiger Baustein des Aktionsprogramms sollten Reformen in der Wirtschaft sein, die den Unternehmen eine relative Unabhängigkeit von staatlicher Planung zusprach. Im Dokument steht: "Das Programm der Demokratisierung der Wirtschaft umfasst vor allem die Herstellung der Selbstständigkeit der Unternehmen und von Unternehmensgruppierungen sowie ihre relative Unabhängigkeit von den Staatsorganen, die völlige und reale Gültigkeit der Rechte des Verbrauchers, seinen Konsum und Lebensstil zu bestimmen, es umfasst das Recht auf freie Wahl der Arbeitstätigkeit (...)." Die staatliche Lenkungsfunktion bestünde diesen Ideen folgend lediglich in der Erstellung von Rahmenplänen und der Bereitstellung von Produktionsmitteln.

(<https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/267379/prager-fruehling>, letzter Aufruf 12.10.2020, CC BY-NC-ND 3.0)

Arbeitsaufträge:

1. Erarbeiten Sie abschnittsweise die zentralen Forderungen des „Aktionsprogrammes“.²⁰
2. Überprüfen Sie, welche Forderungen für das kommunistische System besonders revolutionär waren.
3. „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Diskutieren Sie, ob und wie das möglich ist.

²⁰ Lösungshinweis in der PPT „451_ unterrichtsbeispiel_aufbruchsversuche“.

M2b: 27. Juni 1968 "Manifest der 2000 Worte" (Dva tisíce slov)

Das "Manifest der 2000 Worte" wurde vom Schriftsteller Ludvík Vaculík verfasst und gehört zu den Schlüsseltexten des Prager Frühlings. Es wurde im Juni 1968 in der Zeitschrift „Literární listy“ und drei weiteren Tageszeitungen veröffentlicht. Der Aufruf war nicht unumstritten. Selbst den Reformern in der Kommunistischen Partei ging er zu weit, erschien gefährlich und galt zumindest offiziell als unverantwortlich. Unter der Bevölkerung dagegen stieß der von 70 Wissenschaftlern, Arbeitern und Künstlern unterzeichnete Aufruf auf große Zustimmung.

Der Textauszug findet sich unter: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/manifest-der-2000-worte>, letzter Aufruf 12.10.2020

Arbeitsaufträge:

1. Erarbeiten Sie abschnittsweise die zentralen Kritikpunkte bzw. Forderungen des „Manifest der 2000 Worte“.
2. Überprüfen Sie, welche Forderungen für das kommunistische System besonders revolutionär waren.
3. „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Diskutieren Sie, ob und wie das möglich ist.
- 4.

M2c: Brief der „Warschauer Fünf“ an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, 15. Juli 1968

„Es war und ist nicht unsere Absicht, uns [...] Kräfte der Aggression und der Revanche aufzurichten.“

Quelle: Warschauer Brief an das Zentralkomitee der KP der Tschechoslowakei vom 15. Juli 1968 und dessen Antwort, in: Herder-Institut (Hrsg.): Dokumente und Materialien zur ostmitteleuropäischen Geschichte. Themenmodul "Sowjetische Hegemonie in Ostmitteleuropa (1922-1991)", bearb. von Guido Hausmann, Dimitri Tolkatsch und Jos Stübner. URL: <https://www.herder-institut.de/digitale-angebote/dokumente-und-materialien/themenmodule/quelle/1363/details.html> (Zugriff am 2.2.2023)

M2d: Rede Leonid Breschnews über die „begrenzte Souveränität sozialistischer Länder“ auf dem Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei am 12. November 1968 in Warschau:

Die sogenannte „Breschnew-Doktrin“ vom damaligen Sowjetchef in fast gleichem Wortlaut wiederholt am 12. November 1968 auf dem V. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei in Warschau die Forderung aus dem Brief der „Warschauer Fünf“

„Die KPdSU setzte sich immer dafür ein, dass jedes sozialistische Land die konkreten Formen seiner Entwicklung auf dem Wege zum Sozialismus unter Berücksichtigung der Eigenart seiner nationalen Bedingungen selbst bestimmte. Aber bekanntlich, Genossen, gibt es auch allgemeine Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, und ein Abweichen von diesen Gesetzmäßigkeiten könnte zu einem Abweichen vom Sozialismus im Allgemeinen führen.

Und wenn innere und äußere, dem Sozialismus feindliche Kräfte die Entwicklung eines sozialistischen Landes zu wenden und auf eine Wiederherstellung der kapitalistischen Zustände zu drängen versuchen, wenn also eine ernste Gefahr für die Sache des Sozialismus in diesem Lande, eine Gefahr für die Sicherheit der ganzen sozialistischen Gemeinschaft entsteht – dann wird dies nicht nur zu einem Problem für das Volk dieses Landes, sondern auch zu einem gemeinsamen Problem, zu einem Gegenstand der Sorge aller sozialistischen Länder.

Es ist verständlich, dass eine Aktion zur Vereitelung einer Gefahr für die sozialistische Ordnung wie die militärische Hilfe für ein Bruderland eine außerordentliche, notgedrungene Maßnahme ist. Sie kann nur durch direkte Aktionen der Feinde des Sozialismus inner- und außerhalb des Landes hervorgerufen werden, durch Aktionen, die die gemeinsamen Interessen des sozialistischen Lagers gefährden.

(aus: https://dewiki.de/Lexikon/Breschnew-Doktrin#Formulierung_der_Doktrin, letzter Aufruf 12.10.2020, CC BY-SA 3.0)

Arbeitsaufträge:

1. Erarbeiten Sie aus M3a und M3b die Forderungen und Begründungen der „Warschauer Fünf“.
2. Diskutieren Sie, wieso diese Reaktion der kommunistischen Staaten erfolgte.

M3a: Zeitzeugenfotos vom Einmarsch in Prag am 21. August 1968

<https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/prag-1968/274349/zeitzeugenfotos-vom-einmarsch-in-prag-am-21-august-1968>

Für die Gruppenarbeit bedarf es je eines vollständigen Satzes der Photographien

Gallery walk:

1. Suchen Sie sich ein Bild aus, das Sie anspricht.

2. Analysieren Sie die Fotografie.

Gruppenarbeit:

3. Ordnen Sie die 14 Fotografien nach bestimmten Kriterien.

4. Diskutieren Sie verschiedene Gefahrenmomente während des Einmarsches Ende August 1968.

M4a: Auszug aus der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die am 3. Juli 1973 in Helsinki eröffnet und vom 18. September 1973 bis zum 21. Juli 1975 in Genf fortgesetzt wurde, fand ihren Abschluss in Helsinki am 1. August 1975 durch die Hohen Vertreter Belgiens, Bulgariens, Dänemarks, der Deutschen Demokratischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland, Finnlands, Frankreichs, Griechenlands, des Heiligen Stuhls, Irlands, Islands, Italiens, Jugoslawiens, Kanadas, Liechtensteins, Luxemburgs, Malτας, Monacos, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Polens, Portugals, Rumäniens, San Marinos, Schwedens, der Schweiz, Spaniens, der Tschechoslowakei, der Türkei, Ungarns, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, Zyperns. Zu Beginn der KSZE-Verhandlungen wurden die verschiedenen Beratungsthemen in drei "Körben" gesammelt:

Fragen der Sicherheit in Europa (Korb 1), Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt (Korb 2) sowie Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen (Korb 3). Das Dokument ist kein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag, sondern eine politisch bindende Übereinkunft. Auf Folgekonferenzen wurde seine Einhaltung überprüft und in den jeweiligen Schlussdokument weiterentwickelt. Im ersten Korb werden in zehn Prinzipien, die auch als "Zehn Gebote von Helsinki" bezeichnet werden, grundlegende Fragen der europäischen Sicherheit behandelt. Es geht um den Respekt vor der "souveränen Gleichheit" der Teilnehmerstaaten und die Verpflichtung zur "Nichteinmischung in innere Angelegenheiten". Die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit, sowie das Selbstbestimmungsrecht der Völker sind hier verankert.

Prinzip VII: Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit

Die Teilnehmerstaaten werden die Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion achten. Sie werden die wirksame Ausübung der zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen sowie der anderen Rechte und Freiheiten, die sich alle aus der dem Menschen innewohnenden Würde ergeben und für seine freie und volle Entfaltung wesentlich sind, fördern und ermutigen. In diesem Rahmen werden die Teilnehmerstaaten die Freiheit des Individuums anerkennen und achten, sich allein oder in Gemeinschaft mit anderen zu einer Religion oder einer Überzeugung in Übereinstimmung mit dem, was sein Gewissen ihm gebietet, zu bekennen und sie auszuüben. Die Teilnehmerstaaten, auf deren Territorium nationale Minderheiten bestehen, werden das Recht von Personen, die zu solchen Minderheiten gehören, auf Gleichheit vor dem Gesetz achten; sie werden ihnen jede Möglichkeit für den tatsächlichen Genuss der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewähren und werden auf diese Weise ihre berechtigten Interessen in diesem Bereich schützen. Die Teilnehmerstaaten anerkennen die universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Achtung ein wesentlicher Faktor für den Frieden, die Gerechtigkeit und das Wohlergehen ist, die ihrerseits erforderlich sind, um die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ihnen sowie zwischen allen Staaten zu gewährleisten. Sie werden diese Rechte und Freiheiten in ihren gegenseitigen Beziehungen stets achten und sich einzeln und gemeinsam, auch in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, bemühen, die universelle und wirksame Achtung dieser Rechte und Freiheiten zu fördern. Sie bestätigen das Recht des Individuums, seine Rechte und Pflichten auf diesem Gebiet zu kennen und auszuüben. Auf dem Gebiet der Menschenrechte und Grundfreiheiten werden die Teilnehmerstaaten in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte handeln. Sie werden ferner ihre Verpflichtungen erfüllen, wie diese festgelegt sind in den internationalen Erklärungen und Abkommen auf diesem Gebiet, soweit sie an sie gebunden sind, darunter auch in den internationalen Konventionen über die Menschenrechte.

(<https://www.osce.org/files/f/documents/6/e/39503.pdf>, letzter Aufruf 12.10.2020)

M4b: Auszug aus der „Charta 77“ Am 1. Januar 1977 wurde die von 242 Personen – darunter der Schriftsteller Václav Havel - unterzeichnete Charta 77 veröffentlicht und kurze Zeit darauf am 7. Januar 1977 in führenden europäischen Zeitungen wie *The Times*, *Le Monde* und auch der Frankfurter Allgemeinen Zeitung abgedruckt.

Der Textauszug aus der “Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ findet sich unter <https://wendezeiten.philopage.de/detail/Charta77.asp?bURL=de/extras.asp,m> letzter Zugriff 21.02.2021

Arbeitsaufträge:

1. Erarbeiten Sie die zentralen Anliegen der „Charta 77“ heraus.
2. [Optional bei Anschlussstunde an Prager Frühling] Vergleichen Sie den Aufruf mit dem „Manifest der 2000 Worte“ (M3b).
3. Überlegen Sie sich, wie der Staat darauf reagieren könnte.

M4c: Die Reaktionen des Staates

Der Philosoph Jan Patočka gehörte mit zu den Unterzeichnern der „Charta 77“ und war einer ihrer Sprecher. Der Historiker Tomáš Hermann berichtet von seinem weiteren Schicksal.

Der Textauszug findet sich unter <https://deutsch.radio.cz/philosoph-jan-patocka-intellektueller-kopf-und-symbolfigur-der-charta-77-8548680>, letzter Zugriff 21.02.2021

Arbeitsauftrag:

1. Erklären Sie am Beispiel des Mitunterzeichners Jan Patočka, warum der Staat mit äußerster Härte (Verhaftung, Ausbürgerung, Diffamierung als gescheiterte Existenzen etc.) gegen die Verfasser vorging.

M5: Auszüge aus Reden des Mitunterzeichners der „Charta 77“ und späterem tschechoslowakischen Staatspräsidenten Václav Havel

M5a: Rede auf dem Wenzelsplatz im Dezember 1989:

Der Textauszug findet sich unter https://www.deutschlandfunk.de/vaclav-havel-politik-ist-eine-form-praktizierter-moral.1310.de.html?dram:article_id=303534, letzter Zugriff 21.02.2021

M5b: Neujahrsansprache 1990

Der Textauszug findet sich unter <https://deutsch.radio.cz/die-letzte-neujahrsansprache-von-praesident-vaclav-havel-806940>, letzter Zugriff 21.02.2021

M5c: Neujahrsansprache 2002

Der Textauszug findet sich unter https://www.deutschlandfunk.de/dissident-demokrat-dichterpraesident.724.de.html?dram:article_id=100408, letzter Zugriff 21.02.2021

Arbeitsaufträge:

1. Erarbeiten Sie aus M5c die Vorstellungen von Václav Havel von einer demokratischen Gesellschaft. Definieren Sie mithilfe dieser Vorstellungen „Zivilgesellschaft“.
2. Welche Bedrohungen dieser „Zivilgesellschaft“ sieht er?
3. Diskutieren Sie Chancen und Probleme einer Zivilgesellschaft heute.

M5d: These / Zitat (Folie / PPT)

Václav Havel, 17. November 1989, <https://deutsch.radio.cz/die-samtene-revolution-ein-rueckblick-auf-den-november-89-8277886>, letzter Zugriff 21.02.2021

AB „Aufbruchsbewegungen im Osten – das Beispiel der Tschechoslowakei“

„Prager Frühling“. Nach Stalins Tod und der einsetzenden „Entstalinisierung“ unter seinem Nachfolger Nikita Chruschtschows entwickelten sich in der Tschechoslowakei unter dem seit 1957 amtierenden Partei- und Staatschef Antonín Novotny vorsichtige Wirtschaftsreformen und Liberalisierungstendenzen. Als sich 1967 zaghafte Proteste durch Schriftsteller, Künstler und Intellektuelle um Václav Havel und Pavel Kohout formierten, musste Novotny auf Druck der Sowjetführung Anfang Januar 1968 zurücktreten - sein Nachfolger wurde Alexander Dubček. Dubček hatte die Vision eines "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" und forderte Reformen des sozialistischen Modells, wenngleich der Sozialismus grundsätzlich nicht zur Diskussion gestellt werden sollte.

Am 5. April 1968 erließ die kommunistische Partei ein "Aktionsprogramm", das binnen zwei Jahren von der Regierung umgesetzt werden sollte und indem sie weitgehend auf ihr Machtmonopol verzichtete. Eine teilweise Privatisierung der Wirtschaft wurde beschlossen und Betriebsräten Entscheidungskompetenzen zugestanden. Auch liberale Grundrechte wie Rede-, Reise- und Versammlungsfreiheit sowie die Freiheit von Wissenschaft, Kunst, Kultur, Medien bis zur Gründung von Vereinigungen wurden gewährt. Die Sowjetunion und vor allem die DDR, aber auch Polen, Ungarn und Bulgarien reagierten mit Militärmanövern und der sprachlichen Erklärung: "Wir werden die Tschechoslowakei nicht aufgeben!" Andere kommunistische Staaten wie Jugoslawien und Rumänien begrüßten die Reformen, ebenso die kommunistischen Parteien Westeuropas und nicht zuletzt auch China, das sich dadurch ebenfalls mehr Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion versprach. Diese zunächst von der Parteispitze verordneten Reform fanden rasch in der Bevölkerung Zustimmung, besonders bei Jugendlichen und Intellektuellen.

Am 27. Juni 1968 veröffentlichten 68 Intellektuellen, Schriftstellern und Künstlern das „Manifest der 2000 Worte“ (Dva tisíce slov), das eine Abrechnung mit den letzten 20 Jahren der kommunistischen Herrschaft war. Die weitere Demokratisierung, so das Manifest, könne nur außerhalb der KPC gesichert werden. Damit wurde der Sozialismus als Gesellschaftsform generell in Frage gestellt. Für die sowjetische Regierung, aber auch für die Führung anderer Ostblockstaaten, insbesondere der DDR, war das Manifest ein Aufruf zur Konterrevolution, wie es Walter Ulbricht explizit formulierte. Wenngleich sich die kommunistische Partei der Tschechoslowakei auch vom Manifest distanzierte, widersetzte sich Dubček der Forderung nach einem sofortigen Eingreifen gegen die konterrevolutionären Kräfte.

Nachdem Dubček einen als Art Ultimatum gedachten gemeinsamen Aufruf der Vertreter der Sowjetunion, Bulgariens, Ungarns, Polens und der DDR („Warschauer Brief“) zur Kurskorrektur ignorierte, rückten am 21. August 1968 insgesamt 400.000 Soldaten der Truppen des „Warschauer Paktes“ - ausgenommen Rumäniens - in Prag und der Tschechoslowakei ein und beendeten trotz ziviler Gegenwehr von Demonstranten gewaltsam die reformkommunistische Bewegung des "Prager Frühlings". Die kommunistische Führung der Sowjetunion machte so unmissverständlich deutlich, dass sie in ihren osteuropäischen Satellitenstaaten kein Abweichen von ihrem ideologischen und diktatorischen Kurs duldeten. Dubček und andere führende Parteimitglieder wurden nach Moskau entführt, wo Dubček gezwungen wurde, die Aufhebung der Reformprojekte zu erlassen sowie die Stationierung sowjetischer Truppen in der Tschechoslowakei. Am 12. November 1968 verkündete der sowjetische Staatschef Leonid Breschnew in der sog. „Breschnew-Doktrin“, dass sich die Sowjetunion generell das Recht vorbehalte, Oppositionsbewegungen in sozialistischen Ländern notfalls mit Gewalt niederzuschlagen.

Charta 77. Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings im Jahr 1968 herrschte in der Tschechoslowakei ein Klima der Angst und Unterdrückung. Strafprozesse gegen Dissidenten und Berufsverbote für zahllose Akademiker zeigten, dass die kommunistische Führung mit aller Härte gegen Oppositionelle vorzugehen bereit war. Umso überraschender kam die am 7. Januar 1977 in internationalen Blättern

wie der Neuen Zürcher Zeitung, dem Londoner Guardian oder der Frankfurter Allgemeinen veröffentlichte Gründungserklärung der „Charta 77“, einer in verschiedenen Milieus verankerten Gruppe von 242 Personen, die sich ausdrücklich als Bürgerinitiative und nicht als oppositionelle politische Gruppe verstand. Sie betonte, dass die Verfasser auf den Boden der Verfassung ständen, und forderten nur die Einhaltung der in der KSZE-Schlussakte vereinbarten Menschen- und Bürgerrechte, die auch die ČSSR im August 1975 unterzeichnet hatte. Mit der Veröffentlichung in der Weltpresse hatten die Bürgerrechtler/innen die allgegenwärtige Staatssicherheit blamiert und sich internationale Aufmerksamkeit gesichert. Dennoch reagierte die Staatsführung mit wüsten Diffamierungskampagne gegen die Bürgerrechtler. Die Unterzeichner der „Charta 77“ wurden schikaniert, verhaftet oder ausgebürgert. Die Bewegung aber ließ sich nicht mehr unterdrücken, u.a. auch weil die Sowjetunion die mit dem Helsinki-Abkommen erreichten wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen nicht gefährden wollte. Bereits im Sommer 1977 war die Zahl der Unterzeichner auf 600 angewachsen. Jedes Jahr wurden drei Unterzeichner der Charta zu Sprechern gewählt, die die Charta nach außen repräsentierten. Ihre Führer wurden von Millionen Tschechen als legitime Repräsentanten der Nation angesehen. Zwischen 1977-1989 veröffentlichte sie 572 Dokumente und Informationen. Diese thematisierten die Menschenrechtssituation im Lande, nahmen zu konkreten Rechtsverstößen staatlicher Organe Stellung, informierten über die Lage der Kirchen und Religionsgemeinschaften und über allgemeinere Themen wie den Frieden und den Umweltschutz, über philosophische Fragen und die Geschichtsschreibung. Bis 1989 bekannten sich fast 2000 Menschen öffentlich zur „Charta 77“.

„Samtene Revolution“. Anlässlich des 20. Jahrestags der Niederschlagung des Prager Frühlings demonstrierten am 21. August 1988 in Prag Tausende gegen die kommunistische Führung. Es war die erste antistaatliche Demonstration seit 1969, der in den darauffolgenden Monaten weitere folgten. Im Januar 1989 kam es bei einer Demonstration zum Gedenken an Jan Palach, der sich vor zwanzig Jahren auf dem Prager Wenzelsplatz selbst verbrannt hatte, zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei, die zahlreiche Oppositionelle verhaftete, darunter auch den Schriftsteller Václav Havel. Auf Druck aus dem Ausland wurde er im Mai 1989 wieder freigelassen. Während die Demokratiebewegungen in Polen, Ungarn und schließlich auch in der DDR im Sommer 1989 immer mehr anwuchsen, schien sich die Führung der ČSSR vorerst an der Macht halten zu können. Erneut eskalierte eine Demonstration am 17. November in Prag anlässlich einer Gedenkveranstaltung für den 1939 ermordeten tschechischen Widerstandskämpfer Jan Opleta, bei der der Rücktritt der tschechoslowakischen Regierung gefordert wurde. Bei den gewaltsamen Übergriffen wurden etwa 600 Menschen verletzt. Der Gewaltexzess führte zu einer Solidarisierungsbewegung innerhalb der Bevölkerung. Die Gründung der Demokratiebewegung "Bürgerforum" (Občanské fórum) sowie die Gründung der Bewegung "Öffentlichkeit gegen Gewalt" (Verejnost' proti násiliu) im slowakischen Landesteil waren die Folge. Ab dem 20. November griffen die Proteste auf das ganze Land über. Theater und Universitäten wurden bestreikt, Hunderttausende gingen in Prag auf die Straße. Der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der ČSSR, Milouš Jakeš, musste zurücktreten. Der Generalstreik am 27. November, bei dem für zwei Stunden bis zu 80% der Bürgerinnen und Bürger in der gesamten Tschechoslowakei die Arbeit niederlegten, läutete endgültig das Ende der kommunistischen Herrschaft ein. Vertreterinnen und Vertreter des Bürgerforums verhandelten mit dem Ministerpräsidenten der ČSSR Ladislav Adamec über Neuwahlen. Am 28. November gab die Staatsführung bekannt, die Opposition künftig an der Regierung zu beteiligen. Die Grenzbefestigungen zu Österreich und zur Bundesrepublik wurden im Dezember sukzessive abgebaut. Das Parlament der Tschechoslowakei wählte Havel am 29. Dezember 1989 zum Staatspräsidenten. Die ersten freien Wahlen für die Nationalräte Tschechiens und der Slowakei fanden im Juni 1990 statt.

Anhang: Video- und Radiotipps sowie weitere Materialien zur Vertiefung

Die Story: 50 Jahre danach - der Prager Frühling, Kontrovers , BR Fernsehen / BR24	https://www.youtube.com/watch?v=M6vRWiDytL8
ZDF Doku 100 Jahre – Der Countdown: 1968 - Worte gegen Panzer	https://www.youtube.com/watch?v=YlyMrTh9sIA
Radiobeitrag „Die Samtene Revolution – ein Rückblick auf den November '89	https://deutsch.radio.cz/die-samtene-revolution-ein-rueckblick-auf-den-november-89-8277886
	https://www.planet-wissen.de/kultur/mitteleuropa/geschichte_tschechiens/pwieprager-fruehling100.html
Interview mit der Liedermacherin Bettina Wegner zum Prager Frühling aus DDR-Perspektive	https://www.jugendopposition.de/zeitzeugen/145522/bettina-wegner
Interview mit der DDR-Bürgerrechtlerin Hildegard Becker zum Prager Frühling aus DDR-Perspektive	https://www.jugendopposition.de/themen/145366/reaktionen-in-der-ddr?video=145070#vplayer
Dokumentation über den Protest von drei Schüler/innen aus Frankfurt/Oder	https://www.jugendopposition.de/themen/145442/schuelerinnen-in-frankfurt-oder
Interview mit dem DDR-Oppositionellen und späterem Historiker Bernd Eisenfeld über ein Flugblatt gegen den SU-Einmarsch in die CSSR 1968 und seine Folgen	https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/prag-1968/275378/halten-sie-stand-behalten-sie-hoffnung
Überblick zur Ereignisgeschichte des Prager Frühlings (als Abiturvorbereitung geeignet)	http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/13944

Anhang zum Foto „Mann gegen Panzer“: „Die Aufnahme vom Šafárik-Park“

(Demke, Elena: „Die Macht der Ohnmächtigen“ im Bild. Die Ikone des Prager Frühlings aus Bratislava, in: Gerhard Paul (Hrsg.): Das Jahrhundert der Bilder, Band II: 1949 bis heute, Göttingen 2008, S. 380)